

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 10. Sitzung

am Montag, dem 12. September 2005, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	in Vertretung von Holger Astrup
Dr. Heiner Garg (FDP)	in Vertretung von Wolfgang Kubicki
Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)
Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:**Seite****a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2006 4**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/180

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2005 bis 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/198

Fragen der Fraktionen	Umdrucke	Antworten der Landesregierung/Umdrucke
CDU	16/130	16/176
SPD	16/194	16/216
FDP	16/96, 16/157, 16/191	16/177, 16/180, 16/218
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/185, 16/187	16/212
SSW	16/186	16/217
Vorlagen des Finanzministeriums	16/144 (veranschlagungstechnische Veränderungen) 16/210 (Ausgabereste) 16/213 (unbesetzte Planstellen und Stellen)	

- **Einzelplan 02** **5**
- **Einzelplan 03 und Kapitel 1203** (ohne Kultur) **6**
- **Einzelplan 05 und Kapitel 1205** **11**
- **Einzelplan 11 und Kapitel 1211** **12**

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2006

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/180

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2005 bis 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/198

(überwiesen am 1. September)

Fragen der Fraktionen	Umdrucke	Antworten der Landesregierung/Umdrucke
CDU	16/130	16/176
SPD	16/194	16/216
FDP	16/96, 16/157, 16/191	16/177, 16/180, 16/218
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/185, 16/187	16/212
SSW	16/186	16/217
Vorlagen des Finanzministeriums	16/144 (veranschlagungstechnische Veränderungen) 16/210 (Ausgabereise) 16/213 (unbesetzte Planstellen und Stellen)	

M Wiegard kündigt zu den Personalkostenbudgets Korrekturen im Wege der Nachschiebeliste an.

Abg. Müller bittet die Landesregierung, dem Ausschuss den auf Seite 53 des Finanzplanes ausgewiesenen Rückgang der Investitionsförderung der Kommunen zu begründen und den ARV-Schlüssel zuzuleiten.

Auf eine weitere Frage von Abg. Müller bestätigt M Wiegard, bei den Ausgaben im Zusammenhang mit Hartz IV nehme das Land keine Änderung vor, solange keine verlässlichen Daten vorlägen.

Abg. Müller setzt sich für eine Aufteilung der Mittel des Schleswig-Holstein-Fonds ein und bittet in diesem Zusammenhang um nähere Erläuterung des von der Landesregierung zugrunde gelegten Investitionsmultiplikators.

Abg. Herdejürgen kündigt an, im Rahmen der Haushaltsberatungen beim Schleswig-Holstein-Fonds einen Haushaltsvermerk wie beim Nachtragshaushalt auszubringen („Bei neuen Maßnahmen erfolgt die Umsetzung auf die jeweiligen Haushaltstitel, sobald Einvernehmen zwischen dem Finanzministerium und dem zuständigen Fachministerium über die Richtlinie erzielt wurde. Der Finanzausschuss ist zu informieren.“).

Abg. Müller möchte wissen, auf welcher Bemessungsgrundlage die Landesregierung die einzelnen Förderprogramme um insgesamt 5 % kürze und bei welchen Programmen stärker beziehungsweise weniger gekürzt werde.

M Wiegard macht deutlich, die beabsichtigte Kürzung um 5 % sei eine Richtschnur, von der insbesondere mit Blick auf die Frage der Arbeitsplatzwirksamkeit abgewichen werden könne. Zum gegenwärtig laufenden Controlling aller Förderprogramme werde man zur Nachschiebeliste eine Bewertung abgeben und dem Finanzausschuss im Dezember einen Ergebnisbericht vorlegen.

E i n z e l p l a n 0 2

Zu Einzelplan 02 und Kapitel 1202 werden keine Nachfragen gestellt.

Einzelplan 03 und Kapitel 1203 (ohne Kultur)

St Maurus, Chef der Staatskanzlei, führt in Einzelplan 03 ein: (Redemanuskript)

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte Ihnen in groben Zügen den Haushaltsentwurf 2006 für den Einzelplans 03 vorstellen.

Zunächst ist augenfällig, dass der Haushalt der Staatskanzlei sich erheblich verändert hat – nämlich von 12 Mio. im Haushaltsjahr 2005 (ohne Nachtrag) auf 58 Mio. im Haushaltsjahr 2006.

*Geprägt ist dieser Haushalt von **organisatorischen Änderungen** in der Staatskanzlei:*

Die Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten ressortiert nunmehr im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa.

Dafür ist die Kulturabteilung mit den dazugehörigen nachgeordneten Dienststellen wie der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landesarchiv, der Landesbibliothek, dem Archäologischen Landesamt und dem Landesamt für Denkmalpflege hinzugekommen. Hierin ist natürlich auch die nahezu Verfünffachung unseres Budgets begründet.

*Das **Haushaltsvolumen** steigt 2006 gegenüber 2005 um 3.632,6 T€ auf insgesamt 58,7 Mio. €; das sind rd. 6,6 %.*

Im Wesentlichen handelt es sich um gestiegene Personalkosten in Höhe von rd. 1,4 Mio. € und gestiegene sächliche Verwaltungsausgaben in Höhe von rd. 2,5 Mio. €.

*Erhebliche Ausgabensteigerungen im **Sachhaushalt**:*

- *Bewirtschaftungskosten für Grundstücke, Gebäude und Räume mit insgesamt + 790,7 T€ (die Mittel waren bislang im Kapitel 1111 veranschlagt).*
- *Miete Salzau + 636,2 T€ (die Mittel waren ebenfalls bislang im Kapitel 1111 veranschlagt).*
- *Titel 0301 – 537 61 + 1.000,0 T€ Kosten anlässlich der Durchführung des Tags der Deutschen Einheit in Kiel.*

Der veranschlagte Betrag von 1 Mio. € wird im Haushaltsjahr 2006 für die Durchführung des Tags der Deutschen Einheit, der 2006 erstmals in Kiel gefeiert wird, benötigt. Davon werden rd. 700,0 T€ für das geplante Bürgerfest einschließlich der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und rd. 300,0 T€ für protokollarische Veranstaltungen (Gottesdienst, Festakt, Empfang des Bundespräsidenten, Empfang des Ministerpräsidenten, Unterbringung und Betreuung der Bürgerdelegationen) benötigt. Für den Empfang des Bundespräsidenten erstattet das Bundesministerium des Innern 184,0 T€. Darüber hinaus erfolgt keine Erstattung durch den Bund. Allerdings werden Sponsorenmittel in Höhe von 185,0 T€ erwartet.

*Die Steigerung des **Personalhaushalts** hat drei wesentliche Gründe:*

- 1. Mit dem HH 2006 endet die Budgetierung des Personalhaushaltes der StK für den Zeitraum der vergangenen fünf Jahren. Das Fünfjahresbudget war so bemessen, dass zu Beginn eine Rücklage gebildet werden konnte, die in den HHjahren 2004/2005 benötigt wurde um die insbesondere aufgrund von Tarifsteigerungen gestiegenen Personalkosten aufzubringen. Am Ende des Fünfjahreszeitraums ist eine Punktlandung gelungen.*
- 2. Für den Haushalt 2006 muss neu kalkuliert werden. Wir wollen zunächst die Budgetierung nicht fortführen, sondern zu dem üblichen Haushaltsaufstellungsverfahren zurückkehren. Das bedingt zunächst eine Anpassung des Budgets an den aktuellen Stand. (plus 650 T€ gegenüber dem seit 2000 gedeckelten Budgetansatz; enthält insbesondere Erwirtschaftung der Tariferhöhungen der vergangenen Jahre, die in der Vergangenheit innerhalb des Budgets kompensiert wurden, schon bei den Angestellten waren das ab 2001 8,8 %).*

(Außerdem haben sich bei der Kostensteigerung ausgewirkt:

- die Altersstruktur (je älter desto teurer),*
- die zusätzliche Übernahme von Nachwuchskräften*
- der Ersatz von Altersteilzeitkräften in der Freistellungsphase (Kosten ca. 183 %)*
- weniger Beamte: Tendenz fallend*
- kaum Altersabgänge)*

- 1. Maßnahmen im Rahmen der Regierungsumbildung*

*Diese Mehrkosten belaufen sich auf insgesamt **400.000 €**.*

- Neuer Regierungssprecher 110.000 €*
- Stellvertr. Regierungssprecher 95.000 €*
- zusätzliche Mitarbeiter in der LV 200.000 €*

2. *Übernahme der Kulturabteilung zum 1.6.2005*

Da die Kulturabteilung einen höheren Personalkostenanteil hat als die an das MJAE abgegebene Europaabteilung, sind 200.000 € mehr im Haushalt der StK ausgewiesen. Dies erfolgt kostenneutral, da diese Kosten im Einzelplan 07 nicht mehr veranschlagt sind.

Summe: 1.250 T€

Weitere Steigerungen sind bei den Personalkosten im nachgeordneten Bereich der Kulturangelegenheiten zu verzeichnen ca. 200.000 €. Dabei handelt es sich insbesondere um Umschichtungen aus dem Haushalt der Katasterverwaltung (IM) zum Landesarchiv, die somit kostenneutral erfolgen (Übernahme zweier MA im Rahmen der Umstrukturierung 143.000 €). Darüber hinaus sind zusätzliche Kosten für eine Nachbesetzung eines Archäologen und geringe Steigerungen für geplante Höhergruppierungen veranschlagt, die bereits im alten Ressort eingeworben worden sind (deren Inanspruchnahme aber zu überprüfen ist).

Gesamtsumme: 1.435 T€

StK 34 hat zum Kulturhaushalt sehr ausführlich Stellung genommen. Dieser Beitrag ist von StK 117 nicht weiter redigiert worden.

Entwicklung des Kulturhaushaltes

Vor dem Hintergrund der äußerst angespannten Finanzlage und als Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes wurden in den vergangenen Jahren mehrfach die Förderprogramme des Landes (definiert als „freiwillige Leistungen“) und damit u.a. fast der gesamte Zuwendungsbereich der allgemeinen Kulturpflege (vormals 0740, jetzt Kapitel 0306) sukzessive gekürzt.

Der Abgleich der Kulturausgaben 1994 mit 2005 zeigt, dass in diesem Zeitraum die Landeskulturausgaben (ehemals Kapitel 0740 bis 0745 ohne FAG-Mittel, Erwachsenenbildung, Kirchenangelegenheiten und Hochbaumaßnahmen) von umgerechnet 40,6 Mio. € auf 25,5 Mio. €, d.h. um 37,2 % gesunken sind. Reduziert man den Ansatz 2004 um die darin enthaltenen ZIP-Mittel, so ergibt sich ein Kürzungsanteil von rund 41,7 %.

Durch Bewirtschaftungsmaßnahmen (insbesondere globale Minderausgaben) haben sich vor allem im Bereich der Projektmittel, die flexibel für neue künstlerische Vorhaben eingesetzt

werden, die von daher eine große kulturpolitische Außenwirkung haben und das maßgebliche Förderinstrument für einige Kultursparten darstellen, dramatische Einbußen ergeben. Einige Förderungen wurden völlig eingestellt. Die Gesamtausgaben im Kapitel 0306 „Kulturförderung“ im Haushalt 2005 betragen nach Kürzungen wegen Beiträgen zur Globalen Minderausgaben und aufgrund der Haushaltssperre und einschließlich einmaliger Investitionsmittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) i.H.v. 3, 6 Mio. € (davon 1,6 Mio. € für Salzkau und 1 Mio. € für Museen) nur noch 17.471,7 T€ (zum Vergleich IST 2004 18.907,4 T€, siehe HH-Entwurf 2006, EP 03, S. 63).

Mehrfach mussten Kürzungen aufgrund von Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen aus den knappen Projektmitteln erbracht werden. Auch die institutionellen Zuwendungen an die Kulturdachverbände und -einrichtungen wurden mehrmals prozentual gekürzt. Die tarifbedingten Personalkostensteigerungen bei den geförderten Einrichtungen konnten nach Überrollungen und Kürzungen der Landeszuwendungen in den Vorjahren nur durch Stellenstreichungen, Reduzierung der Sachkosten bzw. Einnahmesteigerungen erbracht werden. Ein weiterer Spielraum für Kürzungen nach dem ‚Rasenmäherprinzip‘ ist nicht vorhanden.“

* * *

Abg. Müller wundert sich, dass der Haushaltsansatz bei Titel 0301-535 02 - Zukunftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein - nach Verlagerung des Projekts Gesundheitsinitiative in den Geschäftsbereich der Sozialministerin um knapp ein Drittel steige.

Herr Dietze macht darauf aufmerksam, dass der Haushaltsansatz in den letzten Jahren bei 100.000 € gelegen habe.

St Maurus kündigt an, die Staatskanzlei werde die Themen aufnehmen, mit denen man Wachstumspotenzial im Lande generieren könne, nicht nur in der Metropolregion, sondern vor allem auch im nördlichen Landesteil, möglicherweise in Zusammenarbeit mit der dänischen Regierung.

Abg. Spoorendonk wundert sich, dass die Personalkostenbudgetierung in der Staatskanzlei nicht weitergeführt werde, und fragt nach einer Evaluierung des Projekts.

AL Hoppe stellt klar, dass die Kosten- und Leistungsrechnung inklusive der entsprechenden Berichterstattung fortgeführt werde, von der Budgetierung im Personalkostenbereich allerdings auch mit Blick auf das Personaleinsparkonzept der Landesregierung Abstand genommen werde.

Der Vorsitzende erwartet, von der Landesregierung über Veränderungen bei den Personalkosten in der Staatskanzlei informiert zu werden. Außerdem hinterfragt er die Ausgabensteigerungen bei den Mitteln für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit (Titel 0301-529 02 und 04).

St Maurus teilt mit, ein Betrag von 10.000 € sei für die Bundesratspräsidentschaft veranschlagt. - Auf eine Frage von Abg. Sönnichsen zur Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (Titel 0301-517 01) erwidert er, wenn die Zusammenführung der Dienststellen abgeschlossen sei, werde man die noch offenen Angaben nachliefern.

Zu Kapitel 1203 werden keine Fragen gestellt.

Einzelplan 05 und Kapitel 1205

Auf eine Frage von Abg. Müller verteidigt M Wiegard die Beteiligung des Landes an einem Gutachten der HSH Nordbank zur Bankenlandschaft, weil sich die Sichtweise der Anteilseigner von der Position der Bank unterscheiden könne. Die Gewinne aus der Beteiligung des Landes an der HSH dienten wie alle übrigen Einnahmen der Deckung des Gesamthaushalts. Auf eine Frage von Abg. Koch erinnert er an die Wandlung von Stillen Einlagen im Herbst 2004.

Auf Wunsch von Abg. Dr. Garg fasst der Ausschuss ins Auge, sich in der nächsten Sitzung des Unterausschusses Unternehmensbeteiligungen des Landes mit der Frage des Wertes der HSH Nordbank zu befassen.

Finanzausschuss und Rechnungshof kritisieren die Reduzierung der Planstellen für Finanzanwörter und Steueranwörter und erinnern an ihr Votum, die Zahl der Nachwuchskräfte auf hohem Niveau zu verstetigen, um die Personalsituation in der Finanzverwaltung nachhaltig zu sichern und damit zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren.

M Wiegard begründet die Anpassung der Zahl der Anwärterstellen im Wesentlichen mit der Haushaltslage, zeigt sich in dieser Frage jedoch gesprächsbereit. Solange die von allen Parteien propagierte Vereinfachung des deutschen Steuerrechts nicht realisiert sei, sollten die frei werdenden Planstellen in der Finanzverwaltung wiederbesetzt und keine Personaleinsparungen vorgenommen werden.

Der Vorsitzende bittet um Begründung für die Ausgabensteigerung bei Haushaltsstelle 1205-711 01 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Finanzministeriums und sonstiger Dienststellen.

Einzelplan 11 und Kapitel 1211

Fragen von Abg. Müller beantwortet M Wiegard dahin, er gehe davon aus, dass nach der Bundestagswahl die notwendigen Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Steuerpolitik und soziale Sicherungssysteme schnellstmöglich in Angriff genommen und die mit dem Haushaltsentwurf 2006 erwarteten Einnahmen auch tatsächlich realisiert würden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer diene der Entlastung des Faktors Arbeit.

Auf eine Frage von Abg. Magnussen zu Kapitel 1103 - Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government - sagt er zu, Ende Oktober jeder Fraktion ein Exemplar des ausführlichen IT-Planes zuzuleiten.

Eine Frage von Abg. Müller zur Verteilung der Mittel für IT-Maßnahmen beantwortet RL Schramm dahin, die Zentralisierung des IT-Managements im Finanzministerium mache insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten Sinn. Mit den Ressorts würden Gespräche geführt und eine Art Zielvereinbarung abgeschlossen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zu Kapitel 1107 - Kosten für Sachverständige, Gutachten u. Ä. - begründet AL Pelny die Rückverlagerung der Gutachtentitel in die Einzelpläne damit, dass eine zentrale Ausgabenbewirtschaftung nicht zu einer Einsparung geführt habe.

Abg. Müller möchte wissen, ob sich die Kosten für Sachverständige und Gutachten durch die zentrale Veranschlagung in der Summe erhöhten.

Eine Frage von Abg. Müller zu Titel 1111-461 01 - Globale Mehrausgaben für Personalausgaben - beantwortet M Wiegard dahin, mit Blick auf die Tarifverhandlungen habe man eine Einmalzahlung in Höhe von 300 € pro Landesbediensteten veranschlagt.

Zu Kapitel 1211 werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer